

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mt., bei Selbstabholung 5.50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mt., für einen Monat 5.— Mt., Beleggeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa. Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telephon 13693. — Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon 4598**

**Inseratenpreise:** Die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum 1.00 Mt. bei Platzvorricht 2.30 Mt.; Familiennachrichten für die Zeile 1.70 Mt. Reklame-Kolonelle 7.50 Mt. — **Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721**  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Die Räumung des Maingaues.

### Frankfurt wird geräumt.

Mainz, 16. Mai. (Agence Havas.) General Kollert, der Chef der internationalen militärischen Kommission, hat offiziell bestätigt, daß die deutschen Streitkräfte in der neutralen Zone die vorgeschriebene Zahl nicht überschreiten. Infolgedessen hat Marschall Foch den Befehl gegeben, die neu besetzten Gebiete zu verlassen und die Befehle an die ehemalige Grenze des Völkerbundes zurückzuführen. Die Rückbewegung wird am Montag erfolgen.

Frankfurt a. M., 16. Mai. Wie die französischen Behörden den hiesigen Vorkriegsstand heute früh mitgeteilt haben, wird die Räumung Frankfurts und des Maingaues Montag, den 17. Mai, früh 4 Uhr, beginnen. Um während der Räumung unliebsamen Vorfällen vorzubeugen, fordert die französische Behörde für Montag früh die Stellung von Geiseln, und zwar Regierungspräsident Cohnmann, Oberbürgermeister Voigt, Polizeipräsident Ehler, Stadtverordnetenvorsteher Hopf, Stadtrat Dr. Kumpf und Stadtverordneten Lion, außerdem eine Bürgerliste von einer Million Wähler.

Brüssel, 17. Mai. Die belgischen Truppen in Frankfurt haben Befehl erhalten, sich aus ihren jetzigen Stellungen zurückzuziehen.

Frankfurt a. M., 17. Mai. Die Räumung von Frankfurt durch die Franzosen hat heute früh 4 Uhr begonnen. Bis 7 Uhr hatte ein großer Teil der Truppen die Stadt verlassen; die Zurückgebliebenen sind ebenfalls marschbereit. Zwischenfälle haben sich bisher nicht ereignet. Die Abzugstrassen sind auch die bisher von den Franzosen besetzten Lokale waren von der blauen Polizei besetzt, die in voller Stärke aufgeboten war.

### 90 Milliarden Goldmark als Entschädigung.

Paris, 15. Mai. Wie der New York Herald aus Sythie meldet, sollen von Deutschland 90 Milliarden Goldmark, zahlbar in 30 Jahresraten, als Entschädigung verlangt werden. Deutschland soll ermächtigt werden, die beiden ersten Zahlungen durch zwei von den Alliierten garantierte internationale Anleihen zu begleichen.

Der Sonderberichterstatter des Temps in Sythie meldet, das von Frankreich verlangte Vorzugsrecht werde von der englischen Regierung wohl erst nach einem sehr starken Widerstand erzielt werden können. Dieser Widerstand stütze sich auf das Verlangen der englischen Dominions, die wünschen, daß Deutschland sie für die Pensionen der Kriegsoberer entschädige.

Sythie, 16. Mai. (W. T. B.) In der von den englischen und den französischen Ministern am Schluß der Konferenz abgegebenen Erklärung erkennen die englische und die französische Regierung an, daß die Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden unerschütterlich feststeht und die zu diesem Zweck nötigen Mittel so schnell wie möglich flüssig gemacht werden müssen. Deutschland müsse in den Stand gesetzt werden, durch rasche Erfüllung seiner Verpflichtungen seine finanzielle Autonomie wieder zu erlangen. Die Regierungen hätten es für notwendig, zu einer Regelung der Gesamtheit der Kriegskosten zu kommen. Die Sachverständigen der beiden Länder werden beauftragt, sofort den Mindestbetrag der Schuld und die Zahlungsmodalitäten zu bestimmen.

### Verchiebung der Konferenz in Spa.

Paris, 15. Mai. (W. T. B.) Nach einer Neulermeldung aus Sythie, haben Lloyd George und Mitterand beschlossen, den alliierten Regierungen vorzuschlagen, die Konferenz von Spa auf den 21. Juni zu verlagern. Es soll eine Erklärung an die deutsche Regierung gerichtet werden.

Paris, 16. Mai. Wie der Sonderberichterstatter des Matin mitteilt, soll Mitterand über Verlagerung der Konferenz von Spa nur unter der Bedingung zugestimmt haben, daß dadurch die sofortige Ausführung der Entwaffnungsklausel nicht aufgehalten werde. Man werde sich auch in Spa mit den Vertragsverletzungen beschäftigen. Auf Veranlassung von Mitterand sei diese Entscheidung nach Prüfung eines Berichtes von General Kollert getroffen worden. Der Korrespondent glaubt hinzuzufügen zu können, daß die Deutschen in Spa nicht als Gleichberechtigte behandelt werden würden; sie würden vor den Alliierten erscheinen wie jemand, der fallt, vor seinem Konkursverwalter. Ihre Vorschläge würden nicht in ihrer Gegenwart erörtert werden, sie hätten nur Auskunft zu erteilen über ihre Zahlungsfähigkeit und über die Ausführungsmodalitäten. Die alliierten Sachverständigen allein hätten das Recht, die Entschädigungssumme, die Deutschland bezahlen müsse, festzusetzen.

### Erklärung der ungarischen Sozialisten zum Friedensvertrag.

Budapest, 16. Mai. Der sozialdemokratische Parteivorstand erklärt, der Friedensvertrag der Alliierten Entente sei ein schroffes einseitiges Instrument. Von dem großen Gedanken des Friedenswerkes, daß der Krieg für immer aus der Welt geschafft werden solle, sei nichts verwirklicht worden. Auch der Völkerbund sichere den Weltfrieden nicht. Der ungarische Friedensvertrag sei eine geschichtliche Ungerechtheit. Die Partei halte an den Beschlüssen des Berner sozialistischen Kongresses vom Februar 1919 fest, nach welchen ein dauernder Friede als Grundlage des Ge-

weilens der Völker nur gesichert werden könne, wenn Völker und Nationen frei ihr Schicksal bestimmten und über ihre Zugehörigkeit selbst entscheiden.

### Der amerikanische Senat für die Beendigung des Kriegszustandes.

Washington, 15. Mai. (Reuter.) Der Senat hat die Resolution betreffend die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland und Oesterreich mit 48 gegen 38 Stimmen angenommen. Er hat an die Stelle der kürzlich vom Repräsentantenhaus angenommen Resolution die des Senators Knox gesetzt.

### Ein neues russisches Friedensangebot an Finnland.

Kopenhagen, 14. Mai. Berlingske Tidende meldet aus Helsinki: Hier verlautet, daß dieser Tage Tschitschewin das Friedensangebot Sowjetrußlands an Finnland erneuert habe.

Kopenhagen, 15. Mai. Nach einem Telegramm der Berlingske Tidende aus Helsinki hat die finnische Regierung auf das erneute Angebot der russischen Sowjetregierung geantwortet, daß sie beständig grundsätzlich zu direkten Friedensverhandlungen bereit sei, daß sie sich aber vorbehalten müsse, für diese Verhandlungen selbst Zeit und Ort zu bestimmen.

### Ein neuer Krieg in Südosten?

Amsterd., 15. Mai. Einer Konstantinopeler Meldung zufolge hat Aherbedschian Armenien den Krieg erklärt.

Amsterd., 14. Mai. Laut Daily Telegraph sind alle Verbindungen zwischen Batu, Erivan und Tiflis unterbrochen.

### Wahlen zur Danziger Konstituante.

Danzig, 17. Mai. Bei den gestern vorgenommenen Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung der künftigen freien Stadt Danzig erhielten die Deutschnationale Volkspartei 34, die Sozialdemokratische Partei 19, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei 21, die Freie Wirtschaftliche Vereinigung 12, das Zentrum 17, die Deutschdemokratische Partei 10, die Polnische Partei 7 Sitze. Es fehlen zwar noch einige ländliche Bezirke, doch dürften diese an dem Ergebnis kaum etwas ändern.

### Ein Vorspiel zur Reichstagswahl.

Braunschweig, 17. Mai. (Zit.) Bei den gestrigen Landtagswahlen sind in der Stadt Braunschweig abgegeben worden für die Unabhängigen 28 000, für die vereinigten bürgerlichen Parteien 27 000, für die Mehrheitssozialisten 8200, für die Demokraten 6900 und für die Kommunisten 1700 Stimmen. Mit den aus den übrigen Teilen des Landes bis zum späten Abend vorliegenden Zahlen stellt sich das Wahlergebnis wie folgt: Unabhängige 47 300, vereingte bürgerliche Parteien 47 300, Mehrheitssozialisten 16 550, Demokraten 11 240 und Kommunisten 2040 Stimmen. Der Wahltag ist, soweit bekannt, ruhig verlaufen.

Braunschweig, 17. Mai. (Ein. Drahtmeldung der V. A.) Nach den bisher vorliegenden Meldungen, die keine wesentliche Änderung mehr erfahren dürften, wird sich folgende Mandatsverteilung im neuen Landtage ergeben:

Unabhängige Sozialdemokratie	23 Sitze (bisher 14)
Vereingte bürgerliche Parteien	28 " ( " 18)
Mehrheitssozialisten	8 " ( " 16)
Demokraten	6 " ( " 13)

Eine Regierungsbildung aus Mehrheitssozialisten und Demokraten ist also nicht mehr möglich. Wenn sie nicht mit den Unabhängigen Sozialdemokraten zusammenschließen wollen werden sich die Mehrheitssozialisten mit den Deutschnationalen und Weissen zusammen tun müssen.

Abzählende Zahlen liegen noch nicht vor, das Endergebnis steht also noch aus. In der Stadt Braunschweig aber, wo das Resultat schon feststeht, ergibt ein Vergleich mit Zahlen der letzten Landtagswahlen vom 22. Dezember 1918:

Die Unabhängige Sozialdemokratie liegt von 23070 auf 28022, also um rund 5000 Stimmen. Diese 5000 Stimmen gingen den Mehrheitssozialisten verloren, die 1918 13 165 Stimmen, diesmal nur 8186 Stimmen erhielten. Die Demokraten gingen von 18125 auf 6900 Stimmen zurück, und die rund 11000 Stimmen, die sie verloren, kamen den vereinigten bürgerlichen Parteien zugute, die von 14720 auf 27271 Stimmen stiegen. Die Kommunisten hatten sich 1918 nicht oder wenigstens nicht offiziell als Partei an den Wahlen beteiligt.

Die Wahlen zeigen also eine starke Verschiebung im sozialistischen Lager zugunsten der Unabhängigen Sozialdemokratie, die ihrerseits einer Katastrophe der Mehrheitssozialisten gleichkommt. Zugleich aber eine Verschiebung im Bürgertum auf die Seite der gegenrevolutionären Parteien — die Demokraten sind noch mehr geschwächt als die Mehrheitssozialisten. Die Regierungsparteien bezahlen die Kosten der Wahlen, die Möglichkeit, mit der bisherigen Koalition weiter zu regieren, scheint direkt in Frage gestellt. Allerdings ist Braunschweig nicht Deutschland. Aber jedenfalls ist diese erste Wahl nach dem Kampfsatze sehr dazu angetan, die Unabhängigen Sozialdemokraten zu den äußersten Anhängern bei den Reichstagswahlen anzupositionieren, damit der Sturz der Gegenrevolution durch das Bürgertum ein kräftiges Gegengewicht gegeben wird.

### Die italienische Kabinetskrise.

W. O. In Italien ist in der vergangenen Woche das liberal-demokratische Kabinett Nittis über einen Fehltritt in den innerpolitischen Konflikten im Parlament und im Volke selbst entstehen und bestehen, sondern daß auch hinter den Kulissen sich wichtige politische Ereignisse abgespielt haben, die bis in ihre letzten Zusammenhänge heute noch nicht erkennbar sind. Das Kabinett Nittis ist vom Tage seiner Bildung an keine starke, sich auf eine große Parlamentsmehrheit stützende Regierung gewesen. Die bürgerlich-liberal-demokratischen Gruppen, auf die Nittis unbedingt rechnen konnte, waren nicht stark genug, um im Parlament eine Mehrheit zu bilden, und so mußte die Regierung dauernd lavieren, um sich Zusatzenmehrheiten für die Durchführung ihrer Pläne und Aufgaben zu schaffen. Nach den Wahlen, die eine geradezu erschütternde Niederlage der italienischen Nationalisten, der Kriegsfreunde, brachten, versuchte Nittis eine der großen strebsamen Parteien zur Beteiligung an der Regierung zu bewegen. Da die strebsame radikal-sozialistische Partei für ihn nicht in Frage kam, so wandte er sich an die katholische Volkspartei. Diese hatte, die Situation erkennend, und dem Geist der Zeit Rechnung tragend, das Schwergewicht ihres politischen Programms auf soziale Forderungen gelegt und sich im Wahlkampf teilweise gemäßigt sozialistisch gebildet. Deshalb sah Nittis, der durch soziale Zustände die drohende Gefahr einer revolutionären Auseinandersetzung zwischen Proletariat und Bourgeoisie zu verhindern strebte, die katholische Volkspartei als die geeignetste für die Ergänzung seines Kabinetts. Aber alle seine Bemühungen schlugen fehl. Die liberal-demokratischen Parteien, auf die er sich stützte, sind in Italien von jeher geschworene Gegner des Katholizismus und somit auch der katholischen Volkspartei. Es gelang deshalb Nittis nicht, die Wünsche der katholischen Volkspartei in futuristischer Hinsicht zu befriedigen. Er hätte dann seine liberal-demokratische Gefolgschaft aufgeben müssen. Bis in die letzten Tage hinein hat Nittis versucht, sich mit den Führern der katholischen Volkspartei über eine gemeinsame Arbeit zu einigen, jedoch vergeblich.

Was so der parlamentarische Boden, auf dem das Kabinett stand, schon unsicher und schwankend, so garte es seit Monaten im Volke in einer Weise, die die revolutionäre Spannung der politischen Probleme unverkennbar machte. Der Krieg hat auch in Italien die Gegensätze zwischen den gegenstehenden kapitalistischen Klassen und dem notleidenden Proletariat aufs höchste verschärft. Die Tatsache, daß auf der einen Seite diejenigen die Nutznießer des Krieges waren, die zu den Opfern und Lagen nichts beigetragen hatten, während diejenigen, die die Träger des Angriffs und der Verteidigung gewesen waren, die Gut und Blut hatten opfern müssen, nunmehr die bitterste Not leiden; diese Tatsache hat in Italien wie überall zu einer Verschärfung der Klassengegensätze führen müssen, die nur durch revolutionäre Erscheinungen, wie sie die deutschen politischen Streiks der letzten Monate gezeigt haben, ihre Lösung finden können.

Die parlamentarischen Zufälligkeiten sind gewiß im politischen Leben nicht ohne Bedeutung, sie wären aber keinesfalls für das Schicksal des Kabinetts Nittis ausschlaggebend gewesen, wenn nicht eben die revolutionäre Spannung eine Stabilität und Sicherheit der italienischen Regierung bis zur Lösung der Spannungen unmöglich machte. Nittis ist der typische Vertreter einer nach innen und außen gemäßigten Versöhnungspolitik gewesen. Sein heißestes Bestreben war es, innerpolitische Gegensätze auszugleichen und durch die Befriedigung der außenpolitischen Konfliktsstoffe eine wirtschaftliche und innerpolitische Gesundung seines Landes zu erreichen. Auf diesem Wege der Verständigung konnte niemand besser als Nittis, niemand mit größerer Geschicklichkeit vorwärtsschreiten als er. Seine Erfolge in der Außenpolitik sind im Lande allgemein anerkannt. Die Versöhnung des italienischen Volkes mit dem österreichischen ist eine der glorreichsten Taten des Kabinetts Nittis. Die Verhandlungen mit dem österreichischen Staatskanzler Renner haben zu einer wirtschaftlichen Verständigung geführt, die einen politischen Sieg Nittis über vermeintliche geschichtliche Notwendigkeiten des Hasses zwischen zwei Völkern bedeutet, wie ihn nur selten ein Politiker und Staatsmann zu verzeichnen hat. Diese seine außenpolitischen Erfolge hätten begleitet sein müssen von innerpolitischer Beruhigung und Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse, wenn dies überhaupt möglich gewesen wäre. Daß Nittis auf diesem seinem Wege scheitert, schertert, obwohl allgemach in Italien seine weise Mäßigung, seine Zurückhaltung, seine geschickte Versöhnungs- und Verständigungspolitik gerühmt wird, daß trotz all dieser Geschicklichkeit, in der kaum ein anderer ihn überbieten dürfte, es ihm nicht gelungen ist, das Ziel der innerpolitischen Beruhigung zu erreichen, ist der Beweis dafür, daß zwar nicht seine politischen Fähigkeiten zur Lösung dieser